

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Betonn- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Asphaltateure, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinpolier- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom **Deutschen Baugewerksbund** Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Mittelzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

Zum außerordentlichen Bundesstag in Berlin.

Wenn sich Vorstand und Beirat des Baugewerksbundes entschließen, die Kosten nicht zu scheuen und einen außerordentlichen Bundesstag einzuberufen, dann müssen es überaus wichtige Gründe sein, die sie dazu veranlassen. Und in der Tat: Wichtiges steht zur Beratung, außerordentlich Wichtiges ist zu beschließen. Es gilt nicht nur, einen Bericht entgegenzunehmen über den Verlauf der bisherigen Reichstagsparlamentarischen Verhandlungen, über die Taktik der berufenen Vertrauensmänner des Bundes in den verschiedenen Phasen der Verhandlungen — dieser Bundesstag soll untersuchen, ob das, was bisher in dieser Richtung geschehen, recht war; er soll auch, wenn er es als notwendig erachtet, neue Richtlinien schaffen für unsere spätere Taktik. Er soll sich ferner unterrichten über den allgemeinen Stand des Bundes und Maßnahmen treffen, um die Existenz des Baugewerksbundes auch für die Zukunft zu sichern.

Das letztere dürfte von allem das wichtigste sein. Und es ist richtig, wenn unser Bundesvorstand und Bundesbeirat der Meinung sind — obwohl sie dazu das sachungsgemäße Recht hätten —, solche in das Bundesleben tief einschneidende Beschlüsse nicht allein zu fassen, sondern einen möglichst großen Kreis berufener und ihrer Verantwortung bewußter Personen zu versammeln und von diesen über ihre Vorschläge entscheiden zu lassen.

Worum handelt es sich? Die regelmäßigen Beiträge für die Bundeshauptkasse sollen erhöht, die sachungsgemäßen Erwerbslosenunterstützungssätze in Dauer und Höhe beschränkt werden. Untersuchen wir einmal die Gründe, die zu diesen Vorschlägen geführt haben.

Eine Gewerkschaft, auch von der Größe unseres Baugewerksbundes, muß — das haben die letzten Ereignisse gelehrt — zu außerordentlichen Maßnahmen greifen, wenn sie allen Ernstes, im vollsten Sinne des Wortes Kampf- und Unterstützungsorganisation sein will! Nun können nur bewußt Uebelwollende gegen unser Baugewerksbund den Vorwurf erheben, er sei keine Kampforganisation. Er ist eine Kampforganisation, das hat er durch die Tat bewiesen. Allein im Jahre 1925 hat er für seine Mitglieder rund 35 % an Lohn-erhöhungen herausgeholt, auch hat er bisher alle Angriffe auf den Achtstundentag abgewiesen. Er war damit Vorkämpfer und Bahnbrecher auf diesen Gebieten für die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Die von ihm geführten Kämpfe waren schwierig und opferreich. Große Anforderungen wurden an den Opfermut des einzelnen gestellt, um diese Kämpfe mit Erfolg durchzuführen.

Dann kam der Winter. Er gebot den Waffenstillstand. Und dann brach die Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern in einem Umfang aus, der aus der Vergangenheit einen Vergleich nur findet mit dem der Marktstabilisierung gefolgten Winter 1923/24. Obwohl die Unterstützungssätze bereits in Voraussicht der Dinge eingeschränkt waren, war es dennoch nicht möglich, auch nur diese geringsten Sätze den erwerbslosen Mitgliedern zu geben. Bundesbeirat und Bundesvorstand mußten zu neuen außerordentlichen Maßnahmen greifen, sie mußten die Unterstützungssätze noch mehr herabsetzen und die Dauer der Unterstützung beschränken. Dies war unbedingt nötig, um den Bund nicht mittellos zu lassen; auch Gewerkschaftsleitungen müssen an die Zukunft denken und darauf bedacht sein, das Gewerkschaftsschiff nicht auf den Sand treiben zu lassen.

Aber aus diesen Erfahrungen ergibt sich für uns mit zwingender Deutlichkeit: Soll unser Baugewerksbund jeder Lage gewachsen sein, soll das Bundeschiff stets flott bleiben, dann sind dazu dauernde, außerordentliche Maßnahmen nötig. Und die muß der außerordentliche Bundesstag beschließen.

Unter unsern Mitgliedern wird da und dort ein Murren anheben. Sie sollen mehr zahlen und dazu in der Sitzung eine Kürzung der Unterstützungssätze und der Dauer der Unterstützungszeit in den Kauf nehmen. In Wirklichkeit liegt es allerdings anders. Unsere großen Kämpfe haben es von vornherein unmöglich gemacht, die sachungsgemäße Erwerbslosenunterstützung zahlen zu können. Sie stand lediglich auf dem Papier. Und nun steht die Frage so: Wollt Ihr die Kampforganisation und außerdem eine gesunde Stabilisierung der Erwerbslosenunterstützung in dem Maße, daß sie unsere Kampfkraft nicht beeinträchtigt? Das ist

Den Abgeordneten des Bundes!

herbei, ihr Männer vom Baugewerksbund, herbei, um mit sorgendem Sinnen und wacher Tat den noch festeren Grund für unsern Bund zu gewinnen! Damit an dem kräftig gefestigten Haus ein jeder Angriff zersplittert, daß dieses Haus jedem Sturmgebraus, Das es drohend umzischt und umwittert, Den Widerstand leiste, der nötig ist Im Kampf zu jeglicher Stunde, Und daß unser Wirken stetig ist für die Männer im Baugewerksbunde!

Tauf.

die große zur Entscheidung stehende Frage. Und nun die Verantwortung. Die Kampforganisation wolle Ihr beibehalten. Ihr wolle auch in besonderen Notfällen Unterstützung. Dies ergibt sich aus fast allen Euren Versammlungsbekundungen und schriftlichen Kundgebungen. Dann aber müßt Ihr auch dem Bunde die Mittel geben, die er dazu braucht. Denn die Einnahmen des Baugewerksbundes beruhen einzig und allein auf den Beiträgen seiner Mitglieder. Er kann den Mitgliedern nicht mehr geben, als sie ihm zur Verfügung der von ihnen gewünschten Aufgaben und Ziele gaben. Das ist ein einfaches Rechenergebnis; diese einzig mögliche Lösung muß auch dem einleuchten, dessen Tagesbeschäftigung nicht im Ausrechnen von Soll und Haben besteht.

Trotzdem wird Unmut entstehen. Es widerstrebt der menschlichen Natur, mehr zu geben, als bisher üblich war. Merkelei Gründe und Auswege werden vorgeschlagen, um da und dort eine „Ersparnis“ zu machen und auf diese Weise das Unabänderliche abzuwenden. Ach, alle diese Vorschläge, die wir bisher in dieser Richtung gehört haben, kräufeln nur an der Oberfläche und machen den Kopf in keiner Weise fett. Hier handelt es sich um Millionen, und wenn wir die schaffen wollen, dann sind berartige durchgreifende Dauermaßnahmen notwendig, wie sie dem außerordentlichen Bundesstag vorgeschlagen werden.

Darum laßt das Murren. Ihr wolle kämpfen: unsere Kämpfe erfordern Millionen. Ihr wolle auf die Erwerbslosenunterstützung des Bundes nicht verzichten; auch sie kostet Millionen. Bedenkt, die Bauarbeiter sind es vor allen andern, die mehr oder minder mit regelmäßig wiederkehrender Erwerbslosigkeit rechnen müssen. Fast jeder von Euch wird mindestens im Winter arbeitslos. Er will dann unterstützt sein. Um dies zu ermöglichen, müßt Ihr sparen in der Erwerbszeit, sparen durch höheren Beitrag, um dann während der Arbeitslosigkeit aus der Bundeskasse Unterstützung erhalten zu können. Da kann der einzelne — wenn ihn das Schicksal besonders hart packt —

wohl mehr erhalten, als er geopfert hat, das geht aber nicht an bei hunderteausend und mehr Mitgliedern! Ein solches Verlangen scheitert eben an den unerbittlichen Gesetzen von Soll und Haben.

Und ist es so sehr viel, so unerquicklich, was nach der Vorlage an Mehrbeitrag verlangt wird? Es sind in den unteren Stufen 5, 10 und 20, in den oberen Stufen 25 und 30 % wöchentlich. Gewiß, der Mehrbeitrag fällt manchem schwer, aber unerquicklich ist er nicht. Bedenkt, was Ihr dafür eintauscht: Die größere Kampfesstärke und eine bestimmte Festigkeit in der Erwerbslosenunterstützung, ja, eine bedeutende Erhöhung dieser Unterstützung, wenn man nämlich nicht danach geht, was die bisherige Sitzung sagt, sondern was in der grauen Wirklichkeit gezahlt wird. Aus solchen Unsicherheiten müssen wir heraus. Schaffen wir Stetigkeit und Festigkeit auf allen Gebieten unseres Bundeslebens! Dann aber müssen die von Bundesvorstand und Bundesbeirat vorgeschlagenen Maßnahmen volle Beachtung und Annahme finden!

Beruft Euch nicht auf andere Verbände. Sagt nicht, dort wäre der Beitrag niedriger und es ginge auch. Haltet dagegen zunächst einmal nur Eure Lohn-erwerbungschaften vom Jahre 1925. Wo ist außer im Baugewerbe ein gewerkschaftlicher Verband, der solche Lohn-erhöhungen durchsetzen konnte! Natürlich hat dieser Kampf große Opfer erfordern. Stellt aber einmal den Wochenlohn am Schluß des Jahres gegenüber dem zu Beginn des Jahres. Ein bedeutender Mehrlohn springt dabei heraus, eine ganz leidliche Schuldbilanz, der gegenüber sich der höhere Bundesbeitrag sehr belanglos ausnimmt.

Ferner beachtet, wenn Ihr Vergleiche mit den Beiträgen in andern Verbänden macht, daß unser Bund Erwerbslosenunterstützung unter ganz andern Voraussetzungen zahlt als andere Verbände. Im Metallgewerbe, in den Buchdruckereien, in den Nahrungsmittelindustrien, kurz, in wohl allen Gewerben außer dem Baugewerbe, ist der allergrößte Teil der Mitglieder stets in Arbeit. Die jegige anormale Zeit ist dafür allerdings kein Maßstab. Im Baugewerbe jedoch werden in jedem Winter ganz erhebliche Teile der Mitglieder dauernd arbeitslos. Daraus ergibt sich, daß der Baugewerksbund im Mitgliederdurchschnitt für Erwerbslosenunterstützung weit höhere Beiträge aufwenden muß als nicht baugewerbliche Gewerkschaften.

Und wiederum ergibt sich daraus, daß die meisten unserer Mitglieder das Jahr über bei weitem nicht 52 Wochenbeiträge leisten, wohingegen die allermeisten Mitglieder in den nicht baugewerblichen Gewerkschaften dies tun. Verteilte man also die Wochenbeiträge, die unsere Mitglieder leisten, auf das Jahr, schäme man einen Durchschnitt, so würde vielfach der Durchschnittsbeitrag im Baugewerksbunde niedriger stehen als in vielen nicht baugewerblichen Gewerkschaften.

Unser Mitglieder können sich also sehr wohl ausöhnen mit den angeblich hohen Beiträgen im Baugewerksbunde. Wir wollen unsere Kampffähigkeit bewahren; ferner erfordert die Eigenart der baugewerblichen Beschäftigung einen verhältnismäßig höheren Wochenbeitrag und verhältnismäßig höhere Unterstützungssätze. Dies beachtet mit kühlem Verstande. Und laßt Euch dabei vor allem Gien von dem Gedanken, unsern Bund widerstandsfähig, kraftvoll und leistungsfähig zu gestalten!

Von solchen Gedanken mögen sich auch die Abgeordneten zu diesem außerordentlichen Bundesstag leiten lassen. Sie mögen gute Arbeit vollbringen zum Wohle unseres Bundes und damit der Mitglieder. In diesem Sinne:

Willkommen in der Reichshauptstadt!

Notstandsarbeiten als Fürsorge für die Erwerbslosen oder für die Unternehmer?

In der Nummer 10 des „Grundstein“ haben wir unter vorliegender Ueberschrift über die Notstandsarbeiterfrage in Wefermünde und Bremerhaven berichtet und über die Bewilligung von 220 000 M. verlorener Aufschlag aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge für den Bau eines Dampfers. Zu diesen Mitteilungen ist nachzutragen, daß der Bau des Dampfers doch nicht nach Wefermünde kam. Verwaltungsausschuß und Reichsarbeitsverwaltung haben sich also umsonst bemüht. Oder bekommt jetzt die Wert in Rensburg die 220 000 M? Sie hätte doch jetzt auch ein „Necht“ darauf.

Aber nicht das ist es, was uns beunruhigt, nochmals auf die Sache zurückzukommen. In Bremerhaven-Wefermünde beträgt der tarifliche Stundenlohn des Tiefbauarbeiters 82 S. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Hannover hat diesen aber praktisch um 17 S. gekürzt. Nach der Verordnung über die Förderung von Notstandsarbeiten sollen alle Arbeiten in der Regel an Unternehmer vergeben werden, außerdem soll eine bestimmte Tagesleistung von den Arbeitern verlangt werden oder sie sollen in Afford arbeiten. Wer die Höhe der Leistung oder der Affordpreise bestimmt, darüber ist in der Verordnung nichts gesagt. Da es eine Betriebsvertretung nicht gibt — denn die Notstandsarbeiter sind nicht Arbeiter im Sinne des BtG, sondern Unterstüpfungsempfänger —, so bestimmt der Unternehmer; denn auch die Gewerkschaften sind ausgeschlossen. An der Unterweiser hat nun zum Beispiel ein Unternehmer bestimmt, daß 8 Mann täglich 100 Stippmaagen zu je 1/2 cbm, insgesamt also 75 cbm aufladen müssen. Das wäre ein unerschöpfliches Verlangen schon gegenüber dem Nachweis bezüglichen Bauarbeiters; denn es handelt sich um schweren Kleiboden. Der einzelne Mann müßte an einem Tage ein Gewicht von etwa 400 Zentnern auf seinen Spaten nehmen. Selbstverständlich können die wenigsten Arbeiter diese Leistungsforderung erfüllen, darum werden sie entlassen. Dem Unternehmer verbleiben dann nur die kräftigsten Bauarbeiter, die aber nun nicht mit 82 S., sondern 67 S. stündlich nicht entlohnt, sondern „unterstützt“ werden.

Wieviel schiebt nun die Reichsarbeitsverwaltung oder Gemeinde diesem einen Unternehmer täglich in die Tasche? Ganz abgesehen davon, daß der Unternehmer sicher mit wirklichen Leistungen, also minderen, kalkuliert hat, müßte er nach dem, was an der Wasserlinie Regel ist, auch bei Affordarbeit auf mindestens 90 S. je cbm rechnen. Das wären je Mann und Tag 9/2 x 90 S. = 85,5 M. Er zahlt jedoch nur 5,20 M., also hat er außer dem veranschlagten Gewinn an jedem Mann täglich 3,35 M., das heißt: an 8 Mann 26,80 M. Das ist produktive Erwerbslosenfürsorge! Oder ist es vom Reichsarbeitsministerium angeordnet? Und hierdurch und Unternehmerrückbildung? Der Fall ist aber nicht bereinigt; es gibt vielmehr heute in Deutschland viele solcher „Notstands“baustellen, die anscheinend zum Zweck in Angriff genommen werden, den Unternehmern zur Kapitalakkumulation zu verhelfen auf Kosten der Bauarbeiter. Was man im offenen Kampf gegen die Gewerkschaften nicht erreichen konnte, erreicht man auf diesem Wege — hinterlistig. Und recht viele wohlmeinende Arbeitervertreter in den Ausschüssen und Parlamenten helfen unbedenkt dazu, weil sie die Bestimmungen und deren Hinterlistigkeit nicht kennen. Anscheinend legt sich bei der Beschäftigung über Notstandsarbeiten kein Parlament die Frage vor: Was geschieht mit den Bauarbeitern, wenn wir den größten Teil der für sie in Betracht kommenden Arbeiten von den in Kräftezeiten aus an deren Bezügen arbeitslos werdenden Arbeitern fertigstellen lassen? Müßten diese Bauarbeiter sich dann nicht in anderen Bezügen Arbeit suchen und dort den Lohn drücken? Wie leicht ist dieser Zweck von oben her gewollt. Aber müssen darum Arbeitervertreter das mitmachen? Im Zeitraum zweier Jahre ist die Zahl der deutschen Tiefbauarbeiter von 141 000 auf unter 70 000 gesunken, und wenn auch nur ein Fünftel der zur Zeit erwerbslosen männlichen Personen als Notstandsarbeiter beschäftigt werden sollen, so werden die Tiefbauarbeiter, um nicht zu verhungern, sich für etwa 5 Jahre andern Erwerb suchen müssen. Und ist unverständlich, daß die Tiefbauunternehmer nicht erkennen, wie sehr durch ihren augenblicklichen Vorteil ihre Zukunft gefährdet wird. Kann das kühnlich von Herrn Mast in einem sehr gut durchdachten Vortrag ausgesprochene Programm von deutschen Tiefbauwerken einen festen Stamm von Hocharbeitern auszubilden, erfüllt werden, wenn immer in wenigen Wochen die Beschäftigung voll ausgedehnt wird? Kann ein derartiges Tiefbauwesen konkurrenzfähig im Auslande sein?

Für die Bauarbeiter hat aber die jetzige Sandhabung der Erwerbslosenfürsorge noch einen ganz besonderen Schaden. Sie zahlen verhältnismäßig die höchsten Beiträge für den Unterstüpfungsfonds. Werden sie arbeitslos, so erkennen sie meistens die Unterstüpfung entweder erst nach erheblichem Kampf und langer Karenzzeit oder sie bekommen überhaupt keine, weil sie als Saisonarbeiter an regelmäßig wiederkehrende Arbeitsstellen gewöhnt sind und so „Necht“ darauf haben, daß sie davon für die Zeit der Arbeitslosigkeit Ersatzlohn bekommen. Aber ihre Beiträge werden mit dazu verwendet, um Notstandsarbeiten zu finanzieren, mittels deren ihre Löhne gedrückt, mittels deren sie nach längerer Arbeitslosigkeit verdammt werden oder mittels deren sie der Herr Reichsarbeitsminister zwingt, ihre Unterstüpfung zu berechnen, die bereits Winkler für „unberechnungsfähig“ erklärte, und an deren Stelle ihre Kapitalakkumulation herangezogen. Ist das nicht ein Kampf mit der landläufigen Moral in Einklang zu bringen? Lassen der 2 Monaten große Unterstüpfungsarbeiten können nur an, das Reich schaffe nur für die Gewerkschaften eine allgemeine Versicherung gegen Unterstüpfung; denn auch die Reichsversicherungsanstalt kann in unerschöpflichen Beiträgen der Arbeiter in die Kasse der Unterstüpfung zahlen, die von einer kleinen Zahl von Arbeitern zahlen, legen: „Im Teil sind an die Arbeiter kommen, und das ist so gutem Vater

boden, daß Ihr Leid; jählich habt erparren können, um den Schaden zu ertragen. Die gesammelten Beiträge sind nur für die heute auf der Höhe bestimmt; denn sie könnten gelegentlich die Versicherungsgelder dazu gebraucht werden, die Preise für Agrarprodukte in den Ländern zu drücken, dann hätten wir die gleiche Lage wie zur Zeit bei den Bauarbeitern. Aber dann würde die gesamte Öffentlichkeit über einen unerhörten Verzug durch die amtlichen Stellen schreien. Dann würden wahrheitsgemäß die Agrarier nicht nur bei einem Finanzamt die Fenster einschlagen und die Älten verkennen, wie es kürzlich die Landstände des Herrn Arbeitsministers in Bernkastel taten. Die Bauarbeiter werden keine Fenster einschlagen; dann müßten sie das heute den meisten Gemeinden und den Behörden antun. Aber sie können mit Recht fragen: Wann ist ein derartiges Verhalten einer Reichsbehörde gegenüber einer einzelnen Gruppe von Staatsangehörigen schon vorgekommen?

Neue Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge.

Vom 1. März an sind auf Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. Februar, abgedruckt im „Reichsanzeiger“ Nr. 50 vom 1. März 1926, die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge vorübergehend erhöht worden. Es werden gesagt:

- a) Für Erwerbslose, die keine Familienzuschläge beziehen und nicht dem Haushalte eines andern angehören, im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	152	142	132 S
2. für Personen unter 21 Jahren	100	93	86 „
- im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	178	166	154 S
2. für Personen unter 21 Jahren	118	110	102 „
- im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	178	178	165 S
2. für Personen unter 21 Jahren	128	118	110 „
- b) Für alle übrigen Hauptunterstüpfungsempfänger vom Beginn der neunten Unterstüpfungswoche ab, wenn sie während der acht vorhergehenden Wochen ununterbrochen unterstügt worden sind, im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	152	142	132 S
2. für Personen unter 21 Jahren	91	85	79 „
- im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	183	166	154 S
2. für Personen unter 21 Jahren	108	101	94 „
- im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

	A	B	C
1. für Personen über 21 Jahre	183	178	165 S
2. für Personen unter 21 Jahren	116	109	100 „

Die Erhöhungen gelten nicht für die Kurzarbeiterfürsorge und nicht auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Wir brauchen dich, Kollege!

An dieser Stelle ein Wort an alle Kollegen, die uns noch fernsehen. Es gilt, unsere Reihen zu stärken. Wenn die Unternehmer sagen sie brauchen die Arbeiter als Ausbeutungsobjekt, so sagen wir, wir brauchen jeden Arbeiter als ein dienendes Glied in der Gewerkschaft. Und da wende ich mich mit allen Gleichgesinnten an dich, Kollege, der du immer noch nicht den Weg zum Baugewerksbund gefunden hast.

Du siehst immer noch in baniger Zaghaftigkeit beiseite. Ja, vielleicht hast du auch den traurigen Mut, zu behaupten, der Verband werde zu wenig für dich herausgeholt. Wenn es aber besser werden soll, dann mußst du mithelfen, es besser zu machen. Wir brauchen dich, Kollege! Nur du bist ein Kind wie eine Macht. Schau dich einmal um in der Natur. Hast du schon darüber nachgedacht, welche große Kraft die Myriaden Wassertröpfchen, im Strom vereinigt, darstellen? Der einzelne Tropfen ist ein Nichts, der Strom aber wird zur starken Macht, die überhäumend Gewaltiges leistet. Ein einzelner Wassertröpfchen bist auch du, wenn du dich nicht mit Deinesgleichen vereinigt. Allein bist du nichts, vereinigt alles!

Nimm dir auch ein Beispiel am Unternehmertum, das gemeint wird lediglich guten Rechnern besteht. Sie bauen auf Erfolg und Gewinn. Deshalb werden sie Unsummen an, um ihre Interessenvertretung so stark wie möglich zu machen. Glaube nicht, daß du allein auch nur den kleinsten Vorteil länger festhalten kannst, als es dem Unternehmertum beliebt. Mit deinen Arbeitsbrüdern siehst und fällst du. Wenn sie vereinigt und dadurch stark sind, bist auch du stark; sind sie uneins, so sind sie machtlos, und du bist ein Spielball seiner Ausbeuter und Unterdrücker. Glaube nicht, wenn du beiseite siehst, auf dich komme es nicht an. Jeder als ein Glied in der großen Kette verliert unser Gewicht und unsere Gewerkschaftskraft. Warte nicht, bis dich Selbsterkenntnis lehrt, daß an deiner Gleichgültigkeit oder Unwilligkeit das gute und nützliche Werk scheitern mußte. Die Entwicklung drängt zum Zusammenstehen. Es gibt keinen größeren Gewinn, als die Güte der Unwissenheit und Gleichgültigkeit abgewerfen. Kein Kapital bringt größere Zinsen, als der Einsatz deiner Persönlichkeit für das gemeinsame Ziel. Und unser höchstes Ziel ist die Befreiung der arbeitenden Menschheit vom Hunger und Tod der kapitalistischen Ausbeutung.

Darum, Kollegen allerorts, werbt für den Baugewerksbund! Wir brauchen alle, die im Baubetrieb stehen! Wägen andere Leute den Glanzen haben, daß jene feil werden, die geistig arm sind. Sie werden immer armselige, vereinzelte Wassertröpfchen bleiben. Wir aber wollen kämpfen und werden für ein Vortreffliches! Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der kämpft sie erobert muß! Zu diesem Zwecke sind wir organisiert. Und darum: Auch bist, der du uns noch fernsiehst, braucht der Deutsche Baugewerksbund!

Klaus Seifler, Kassl.

Späte, aber halbe Sühne.

In Nr. 1 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre berichteten wir über einen Bauemsturz in Reumünster, bei dem es zwei Tote und mehrere Verletzte gab. Wir konnten damals einmündig nachweisen, daß bei dem Bau in sachlicher Beziehung eine ungenügende Schaltperei Maß getroffen hatte. Der Unternehmer und der Architekt (wobei die Baupolizei hatten geradezu leichsinig gewirkt) und haben so die Menschenleben und Krüppel auf ihrem Gewissen. Drei Viertel Jahre später mußten wir in Nr. 45 des „Grundstein“ berichten, daß die Schuldigen freigesprochen seien. Der Staatsanwalt hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Seine Berufung hat nun zum Teil Erfolg gehabt.

Nach dem Befund des Berufungsgerichts haben der Architekt Seibertoff und der Bauingenieur Döningert gegen 3 Punkte berichtigt. Die höchsten Berechnungen waren nicht sorgfältig gemacht, die Kräger nicht ordnungsmäßig ausgeführt und auch zu weit an die Seite gerückt. Silberstoff habe die Zeichnungen angefertigt und sei für die richtige Ausführung verantwortlich. Die Pflicht, für diese zu sorgen, habe er aber schwer verletzt. Gerade an der nötigen Stelle habe er sich um nichts gekümmert, sonst hätte er sehen müssen, daß ein Zusammensturz unvermeidlich sei. Das gleiche gelte für Döningert. Er habe dafür zu sorgen gehabt, daß ein ordentlicher Bau zustandkomme. Er habe darum auch die Verpflichtung gehabt, aufzupassen, daß mit gutem Lauffuß gearbeitet werde. Das ist nicht geschehen. Die Arbeiter konnten die Last nicht tragen, weil sie entgegen der Vorrichtung nicht aus hochwertigen Stahlfleisen und bestem Zementmörtel hergestellt waren. Die ganze Bauausführung war minderwertig. Nach 13tündiger Verhandlung wurde das Urteil verurteilt. Der Stadtbauinspektor Procter und der Stadtbauinspektor Niffa wurden freigesprochen, weil ihnen kein Verschulden nachzuweisen sei. Silberstoff und Döningert wurden jeder zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Der erste wird gegen seine Vertretung Revision einlegen. Wemersmeyer ist wiederum, daß die verantwortlichen Bauaufsichtsbeamten freigesprochen sind. Das ist um so verwunderlicher, als man noch nach dem Einzug an den Bauwerken feststellen hat, daß der Bau in geradezu verwerflicher Weise ausgeführt worden ist. Jeder Fachmann — und die Stadtbauinspektoren sind doch Sachleute — hätte das erkennen können, wenn sie jemals während der Bauausführung an der Baustelle gewesen wären. Aber anscheinend prüft man in Reumünster nur die Zeichnungen, ohne sich um die Ausführung der Arbeiten selbst zu kümmern. Auffällig ist ebenfalls, daß der den beiden Inspektoren untergeordnete Baukontrollor nicht diese Mißstände erkannt hat. Oder wird dieser mit anderen Arbeiten beschäftigt, so daß ihm keine Zeit zur Beaufsichtigung der Bauten gelassen wird?

25 Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung.

Von Jos. Sassenbach.
Am 21. August 1901, gelegentlich des in Kopenhagen abgehaltenen handbinarischen Arbeiterkongresses, traten die dort anwesenden Vertreter der Gewerkschaftszentralen von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden zusammen, um über die Möglichkeit eines engeren Zusammenstufes zu beraten. Man einigte sich dahin, von internationalen Gewerkschaftskongressen abzusehen und statt dessen regelmäßig Konferenzen der leitenden Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen abzuhalten. Diese Konferenzen sollten stets mit dem Gewerkschaftskongress des Landes, in dem man tagt, verbunden werden. Es wurde denn auch beschlossen, die nächste Konferenz im folgenden Jahre gelegentlich des deutschen Gewerkschaftskongresses in Stuttgart abzuhalten.

Der Kopenhagener Konferenz waren von englischer Seite einige vereinzelte Versuche eines internationalen Zusammenarbeitens vorausgegangen. Im Jahre 1888 nahm eine Vertretung des vom englischen Gewerkschaftskongress eingesetzten parlamentarischen Komitees an einem Kongress der französischen Arbeiterpartei in Paris teil und 1888 berief daselbstes Komitee einen internationalen Kongress nach London ein. Dieser wurde von 116 Delegierten besucht, von denen die Hälfte Engländer waren. Im Jahre 1898 fand in London ein Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress statt.

Ein weiterer Versuch, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, wurde von den französischen Gewerkschaften unternommen, die auf einem am 17. und 18. Dezember 1900 in der Pariser Arbeitsbüroe abgehaltenen internationalen Kongress die Errichtung eines internationalen Arbeitssekretariats und damit die Gründung einer Internationalen der Arbeiter in die Wege zu setzen suchten. In diesem Kongress nahmen außer den Franzosen einige englische, italienische und schwedische Vertreter teil. Angesichts der ungenügenden Beteiligung wurde von der Errichtung des Sekretariats Abstand genommen und stat dessen die französischen Gewerkschaftszentralen beauftragt, mit den Gewerkschaften der andern Länder in Verbindung zu treten und ihre Ansichten über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses einzufloßen.

Da weder die englischen noch die französischen Versuche zu einem organisatorischen Zusammenstuf geführt haben, so beschloß der Kopenhagener Konferenz des Jahres 1901 als Ausgangspunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden, so daß die Feier des 25jährigen Bestehens in dieses Jahr fällt.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat denn auch beschlossen, den Gründungstag zu feiern und ihn vor allem dazu zu benutzen, für die Gewerkschaftsbewegung Propaganda zu machen und auf die Notwendigkeit der internationalen Zusammenstufes der Arbeiter hinzuweisen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen soll in diesem Erinnerungsjahr nicht am 21. August stattfinden. Jedoch am Anti-Kriegs-Jahr 1924, d. h. am dritten Sonntag im September. In einer der Feier vorhergehenden internationalen Versammlung soll in den verschiedenen Ländern auf Grund der national erprobten Methoden Propaganda für die Gewerkschaft gemacht und eine Frage in den Vordergrund gestellt werden, an der die Arbeiter der ganzen Welt interessiert sind: ob organisiert, auf das lebhafteste interessiert sind: der Kampf um die Einführung oder Weitergewinnung des Achtstundentages.

Fürstenabfindung?

Die Ansprüche der Fürsten sind eine Verhöhnung des deutschen Volkes. Es steht unstrittig fest, daß die Vermögen der früheren Fürsten von ihren Vorfahren ererbt worden sind. Friedrichland wurde beschlagnahmt. Der Herzog von Koburg-Gotha verkaufte 1813 seine Landesfürsten an Napoleon. Drei Regimenter Koburg-Gothaer nahmen an seinem Kriege teil, viele verküßelten in Rußland. Ihr Landesvater aber machte mit ihren Leibern ein schönes Geldgeschäft. Im Jahre 1868 verkaufte derselbe Herzog wieder Landesfürsten. Diesmal aber an den Preußenkönig. Bei Kanganjala erlitten „seine“ Gotzhaer schwere Verluste. Ihr Landesvater aber bereicherte sich wiederum. Der Preußenkönig schenkte ihm die Schmaländerer Forsten, wozu er gar nicht berechtigt war. Als das Herzogshaus Koburg-Gotha ausstarb, nahm man einen jungen englischen Oberst zum Landesvater. Dieser Engländer forbert nun vom deutschen Volk viele Millionen Goldmark, nicht wenige Schloßer, Domänen und Forsten. Ein Amsterdamer und Reichsgräfinnen des Großherzogs von Mecklenburg fordern eine jährliche Pension von 20000 M. Als 1914 der Krieg ausbrach, städtete der deutsche Staatsangehörige Prinz Carol nach Rußland ins russische Heer und kämpfte gegen Deutschland als russischer Artilleriegeneral. Dieser Prinz Carol stellt heute die Forderung auf Auszahlung von fünf Millionen englischer Pfund. Das sind rund 100 Millionen Reichsmark. Da eine reichsrechtliche Regelung nach österreichischem Muster, wo die Fürsten keine Geldentwässerung erhielten, von den Anbetern der früheren Fürsten, den Reichsparteien, verhindert wird, muß das Volk durch Volksentscheid darüber entscheiden, ob die Fürstengeldentwässerung prellen soll, während Millionen von Arbeitslosen darben. Die Summen, die die Fürsten fordern, werden viel besser zum Wohnungsbau verwendet. In Deutschland sind anderthalb Millionen Wohnungssuchende. Es gibt Familien mit großer Kinderzahl, deren Wohnung nur aus Kammer und Küche besteht. In Tausenden von Fällen Licht, Luft und Sonne fehlt. Im Artikel 155 der Verfassung wird jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zugesprochen. Dies ist aber noch nicht in Erfüllung gegangen. Durch unsere Stimme gegen die Fürstengeldentwässerung wird gleichzeitig die Verwirklichung des Artikels 165. Dafür müssen wir unsere Kräfte mit einbringen. Unser Bundesvorstand muß in allen Dingen Fragen mit der politischen Arbeiterpartei Hand in Hand arbeiten. Zum Wohle des gesamten werktätigen Volkes!

Karl Preißer, Zementierer, Weimar.

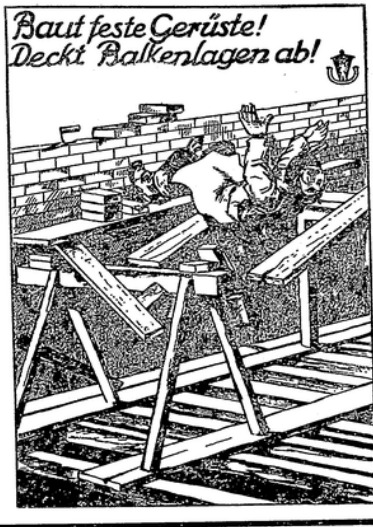
Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsresultat vom 15. Februar 1926.

Table with columns for 'Wegzweig', 'Anzahl der Bau- u. Gewerkschaften', 'Anzahl der Mitglieder', 'Anzahl der Arbeitslosen', and 'Prozent der Arbeitslosen'. Rows list various trades like Schlosser, Tischler, etc.

Von den eingetragenen Gruppen waren arbeitslos: Maurer 68 555, Hilfsarbeiter 44 585, Betonarbeiter 2490, Stukkateure und Putzer 2044, etc.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauführer und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist in Wuz auf Wegen der Neubau der Reichspostverwaltung. Unternehmer Meißner aus Straßburg, in Garmisch i. B. die Firma Höfner, in Krefeld die Zementfabrik Carlsson & Co. und in Brissau die Bauarbeit der Firma Gebr. Dräger, Landwehr. Nach Dillmen in Weiskaten und Wissehüde ist Zugang ferngehalten. Stukkateure und Putzer: Gesperrt ist in Gleiwitz die Firma Heinel. Töpfer: Gestreift wird in Stolp i. B. bei der Dienstfirma Frey Gulle, in Firma Artur Kubiß. Gesperrt ist für Dönsberger die Firma Wilmann in Wuz B. Magdeburg, die Firma Giesemann in Münster; für Denzformer die Firma



Die in Döhrenfurth und die Firma Navitscher in Samels. In Elbing streifen die Ofenmänner und deren Hilfsarbeiter, in Götze sind die Scheibentöpfer ausgesperrt.

Franzburg. Die Firma Lappe hat ihre Verpflichtungen gegenüber der Baugewerkschaft Nüchternburg-Franzburg erfüllt. Damit ist die Sperre gegenstandslos geworden. Krefeld. In der Zementfabrik Carlsson & Co. sind die Kollegen in den Abwehrtrenn getreten. Die Firma ist streng zu meiden.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Bremen. Am 14. Februar fand in Bremen eine Konferenz der Geschäftsführer der Bauhütten und Vorstände der Baugewerkschaften im Bereich des Bezirksverbandes statt. Kollege Ellinger vom Verband sozialer Baubetriebe sprach über „Das Verhältnis des Baugewerksbundes zur Bauhüttenbewegung“. Er schilderte den Verlauf der Bauhüttenbewegung, wobei er besonders den Kampf des Unternehmertums gegen die Bauhütten an einigen treffenden Beispielen darlegte. Die am Anfang von den Unternehmern an den Tag gelegte Forderung der Bauhütten ist jetzt einem tiefen Entsetz über die Gesamtbewegung gewichen. Die Bauarbeiter, Hand- und Kopfarbeiter, haben durch ihre beständlich kurze Tätigkeit bewiesen, daß die Bauwirtschaft nicht nur von sich allein dazu berufen fühlenden wirtschaftlich eingestellten Unternehmen betrieben werden kann, sondern auch von ihnen selbst. Der Kampf der sozialen Bauwirtschaft in Deutschland ist Beweis für die Mächtigkeit und Mithigkeit der deutschen Bauarbeiter. Der Kampf des Gesamtunternehmertums gegen die Bauhüttenbewegung in Deutschland wird zerfallen an dem eisernen Willen der deutschen Bauarbeiter, das einmal begonnene Werk auch so weiter zu führen, daß es als Grundlage für eine höhere Wirtschaftsordnung gelten kann. Es wird den Unternehmern nicht gelingen, die deutschen Bauarbeiter von dem einmal beschrittenen Weg abzubringen; denn die Bauarbeiter haben die Mithigkeit dieses Schrittes erkannt. Sie werden daher auch trotz der Schwere der Zeit, trotz der Krisen, die das ganze Wirtschaftstreiben erschüttern, treu zu ihrer wirtschaftlichen Abwehlung stehen und sie mit allen Mitteln unterstützen. Das Kampfjahr 1926 hat bewiesen, wie wichtig für die Geschicke der deutschen Bauarbeiter die Bauhüttenbewegung ist; diese Erkenntnis wird die Bauarbeiter in ihrem Vorgehen erst recht stärken. Ueber die eigentliche Bauwirtschaft geht das Vertrauen zur Bauwirtschaft. Auch hier wird es uns gelingen, den Einfluß zu bekommen, den wir benötigen, um in der gesamten Bauwirtschaft vorwärtsdrängend, umformend, neugefaltet tätig zu sein. In Erkenntnis dieser großen Aufgaben beschließen die Teilnehmer der Konferenz, die bisher im Bezirk erhobenen Sozialisierungsträge auch fernerhin beizubehalten, damit diese durch den künftigen Bezirksverband dem Verband sozialer Baubetriebe auch fernerhin zur Verfügung stehen. Alle Nebner stimmten den Ausführungen des Kollegen Ellinger zu, so daß das Schlußwort recht kurz ausfallen und die Konferenz rechtzeitig beendet werden konnte.

Aus den Baugewerkschaften

Vab Drb. Seit Jahren kämpft die Bauarbeiterchaft um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen. Mäandern Kampf mußten die Bauarbeiter führen, um die Unternehmer soweit zu bringen, die Vereinbarungen, die mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband getroffen waren, durchzuführen. Das Bürgerium regte sich wegen unserer Löhnen auf, sogar der katholische Ortsgeistliche ist der Meinung, die Maurer verdienen zu viel, der Stundenlohn ist zu hoch, deshalb kann auch niemand bauen. Die Stadt Vab Drb beschließt, die Straßensanten, arbeiten auszuführen, und zwar Straßensanten, arbeiten auszuführen. Gelegenlich einer Sitzung mit dem Magistrat, einigen Stadtvorordneten und der Gewerkschaftskommission sollen die Löhne für die Hofflandsarbeit festgestellt werden. Der Bürgermeister (Wolfsplatz) schlug vor, den Hofflandsarbeiten 20% unter dem Bauarbeiterlohn zu zahlen. Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, der Weltrevolutionäre Weß, erklärte sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden. Unser Kollege Drisch, der als Stadtvorordneter in dieser Sitzung mit ausgen war, machte diesen „Kommunisten“ darauf aufmerksam, daß der

Baugewerksbund seit Jahren dafür kämpft, die Hofflandsarbeiten nach dem Bauarbeiterlohn zu entlohnen. Vab kam allerdings in eine große Verlegenheit und es war ihm nicht angenehm, von einem Hoffmann hier zurechtgewiesen zu werden. Einige Kommunisten waren der Meinung, Drisch wäre nur deshalb für den Tariflohn eingetreten, um für den Baugewerksbund Beitragsmarken verkaufen zu können. Sie wissen nicht, daß es eine sittliche Pflicht ist, der Gewerkschaft anzugehören. Eine Pflicht, der sich niemand entziehen kann, wenn er nicht seine Klassenangelegenheiten jähzornig will. Die „Kommunisten“ Vab und Gehberger kennen dieses Pflichtgefühl nicht. Sie haben sich beim Hoffmann für 40 % angeboten, obwohl unser Tarif für die Hoffbauarbeiter 94 % vorsieht. Diese Gelder sollen sich auch noch als Revolutionäre auf. Wir haben eine andere Meinung von diesen Totengräbern der Arbeiterchaft. Vab hat schon in den letzten Jahren die Löhne auf den Hund gebracht. Und diesen Schmarotzer laufen noch Arbeiter nach. „Kommunist“ Gehberger wurde voriges Jahr in den Hund aufgenommen und hat auch das ganze Jahr gearbeitet. Er hat aber sehr viele Arbeitslosen in seinem Vab, aber Gehberger und Kampffolger hat Gehberger noch keine gekostet. So sehen diese Revolutionäre aus! Es wäre schlimm, wenn sie die Bauarbeiterbewegung in die Hand bekommen. Kollegen, betrachtet Euch diese Menschen, die sich Kommunisten nennen. Weist sie von Euch!

Döbeln. Am 21. Februar fand unsere erste Vertreterversammlung statt. Der Geschäftsführer, Kollege Richter, gab einen kurzen Ueberblick über die Zusammenlegung der früheren Baugewerkschaften Döbeln, Leisnig und Hoppein. Er bittet, sich nicht mit gegenseitigem Mißtrauen zu begnügen. Wenn jeder beherzigt ist von dem Willen, praktische Arbeit zu leisten, dann werden wir auch wieder vorwärtskommen. Der Kassenbericht zeigt, daß wegen der Neuanschaffung von Bureauarbeiten die Finanzen nicht besonders günstig sind. Die große Erwerbslosigkeit, die teilweise bis zu 80% betrug, ist langsam im Abnehmen begriffen. Aufträge sind in Menge vorhanden, nur stehen die Baugelder. Ein von einer Kommission entworfenen Orisplan, dem der Vorstand und Beirat fast einstimmig zugestimmt haben, wird mit übergroßer Mehrheit angenommen. In den Vorstand werden die bisherigen Mitglieder des provisorischen Vorstandes gewählt; zum Vorsitzenden Werner, als Stellvertreter Proste; zum Kassierer Richter, zu seinem Stellvertreter Krügel, und zum Schriftführer Lehmann. Als Revisoren wurden Gaußner, Czner und Gräfe gewählt. Kollege Schumann vom Bezirksvorstand gab einen eingehenden Bericht über die Reichstagsverhandlungen in Berlin. In längeren Ausführungen verbreitete er sich über den schon in der Vorkriegszeit ständig geführten Kampf um Tarifverträge. Angehend der Reichstagsverhandlungen werden an der Arbeitseizt scheiterten, die jetzt getroffenen Vereinbarungen zunächst eine Lösung, mit der wir leben können. Mit der Mahnung, treu zur Organisation zu stehen und den Achtstundentag hochzuhalten, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Beschlossen wurde, eine Marktfestmarke im Werte von 50 % als Mitgliedsbeitrag zu heben.

Dresden. Am 21. Februar wurde unsere Vertreterversammlung abgehalten. Kollege Wertz gab den Jahresbericht. Die Bauwirtschaft seit 1925 wieder sehr gut ein. Nach Ende März gab es 1144 arbeitslose Kollegen. Bei der Ausperrung hat die Organisation sich nicht getan und alles darangelegt, um den Kampf zum Besten der Kollegen zu beenden. Wenn der Ausgang nicht voll befriedigend, so lag das an der Industrie und den Behörden, die sich schüßend vor die Unternehmer stellen. Die Bauwirtschaft liegt durch das übrige Baugewerbe lahm. Die Verwirklichung wurde durch irreführende Plakate an den Anschlagtaulen und Aufsätze in der bürgerlichen Presse gegen uns aufgebracht. Aber trotz allem Aufstand und aller Anstrengung ist es den Unternehmern doch nicht gelungen, die Arbeitseizt zu verlängern und einen Lohnabbau vorzunehmen. Die Plakate sind aber schon fast alle abgenommen. Am 1. Januar hatten wir 9780 Mitglieder, am 31. Dezember 11 662 Mitglieder. Der Kassenbericht ist den Verhältnissen entsprechend befriedigend. Ueber die zentrale Vereinbarung und das noch geltende Lohnabkommen sprach Kollege Richter. Ein Handstatistischer Beleg behandelte er ausgiebig diese Fragen. Einen Tarifvertrag hätten wir bekommen können, wenn wir unter anderem in der Arbeitseiztfrage den Unternehmern entgegengekommen wären und die Regelungsträge nicht so lange auf dem Tische liegen gelassen hätten. Leider haben wir große Verluste, weil viele Kollegen in den Sommermonaten länger als acht Stunden arbeiten und damit der Verhandlungskommission in den Rücken fallen. Von der Vertreterversammlung wurde der Lohnkommission hinsichtlich der Kündigung des Lohnabkommens freie Hand gegeben. Die Kollegen Wertz, Falz und Zimmermann wurden gegen wenige Stimmen auf 2 Jahre als Angeordnete wiedergewählt. In die Stelle des wegen Alters aus dem Bureau ausgeschiedenen Kollegen Franz wurde als Nachfolger eingestellt. Dem Kollegen Franz wurde für seinen künftigen Dienst im Bureau, wie in der Gewerkschaftsbewegung überhaupt, der Dank ausgesprochen und ein Diplom überreicht. Als Revisoren, Sachgeperrter der Maurer und Bauführer sowie als Mitglieder der Bescheid- und der Bauarbeiterchaftskommission wurden die alten Kollegen sämtlich wiedergewählt. In die Stelle des verstorbenen Kollegen Lehmann wurde als Beitragskassierer für den Bezirk Heidenau der Kollege Reich, Rischewitz, gewählt. Darauf wurde ein Antrag angenommen, der von der Arbeiterpresse und der Bauwirtschaft die Veröffentlichung der Vereinbarungen fordert. Ferner wurde eine Entschuldig gegen die Fürsten in der Fische an angenommen, der keine Bauarbeiter an private Unternehmer vergibt, obgleich unsere Bauhütten in der Lage sind, diese Arbeiten auszuführen zu können.

Mag. Am 31. Januar fand unsere Genera lversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Baukonjunktur nur im Sommer gut war. Spät im Frühjahr wurde mit der Arbeit begonnen, zeitig im Herbst wurde sie eingestellt. Die Bauherren waren Glasindustrie und Kommunen, die mit Bauz

größten Schreier ausschloffen und den andern mit einer klaren Linie davonkommen ließen. Den Schaden hat die Vorstandsgewaltigkeit, sie mag sich in Zukunft solche kommunistische „Gewerkschaftsarbeit“ energisch verbitten; denn der laudende Dritte ist immer das Unternehmertum. — In direkten Kämpfen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren die Bauarbeiter unseres Tarifgebietes nicht beteiligt. Trotzdem konnte der Stundenlohn, der in der Spitze am Jahresanfang 72 3/4 betrug, durch beständige Lohnregelung auf 92 3/4 erhöht werden. Die beständige Lohnregelung hat viele Vorteile, bietet aber auch den Nachteil, daß die Kollegen einzeln Lohngebiete das Kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder verzeihen und sich einbilden, zur Führung von Lohnbewegungen seien sie gar nicht mehr nötig. Deshalb sei den Kollegen gesagt, daß die Organisation der Nordhäuser Bauarbeiter nicht ein halbes Dutzend Vorstandsmitglieder sind, sondern die gesamte 100 Mitglieder. Unser Vortreiben muß darauf gerichtet sein, nicht nur den letzten Vorstandsmitgliedern zur Organisation zu bringen, sondern sich an allen Veranstaltungen der Organisation zu beteiligen. Dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben. — Die Maifeier wurde wie immer durch Arbeitsruhe gefeiert. Mit Ausnahme der bei der Firma Franz Krieger beschäftigten Kollegen und einiger unorganisierten Schmarweler war die Arbeitsruhe eine vollkommene. Die Zahlung der Kampfbeiträge ist von 25 % der im Lohngebiet beschäftigten Kollegen nicht geteilt worden, auch hier waren es wieder die bei der Firma Franz Krieger beschäftigten Kollegen, die die Solidarität verweigerten; ein neuer Beweis dafür, daß der sonst so Scham getragene Nationalismus durchaus kein Beweis ist für edles Klassenbewußtsein. Die älteren Verhandlungsleiter bei dieser Firma sollten endlich einmal den Mut aufbringen, den dort beschäftigten realistischen Schreierinnen ganz energisch die Latsche zu demonstrieren, daß, wer nicht mit uns, gegen uns ist. Dann wer von der Organisation erkämpften höheren Stundenlohn in Empfang nimmt, der hat auch die Verpflichtung, der Organisation anzugehören und die Beiträge zu zahlen. In der Hauptsache sind es Hilfsarbeiter, die die Kampfbeiträge verweigern; sie berufen sich darauf, sie hätten im August nur 1 3/4 Zulage bekommen, während die Maurer 5 3/4 erhielten. Daß daran das schlechte Organisationsverständnis der Bauhilfsarbeiter die Hauptschuld trägt, das kommt diesen Kollegen nicht zum Bewußtsein. Im Lohngebiet Meierode haben leider auch ein Teil Maurer die besonderen Kampfmittel verweigert, das wird sich an ihnen noch bitter rächen. — Die Wautätigkeit büßte auch im neuen Jahre keine schlechte werden, es fragt sich nur, ob auch die hiesigen Industriellen in diesem Jahre wieder größere Wautätigkeiten auszuführen gedenken. Der Bauarbeiterstich läßt zu wünschen übrig. Die wieder-gegründete Bauarbeiterstichtkommission wird kräftig nachhelfen müssen. — Die Zahl jener Kollegen, die sich für den Kampf eines Baudelegierten zur Verfügung stellen, ist leider gering. Hier muß unbedingt eine Besserung eintreten; es geht nicht an, auf uns eingeräumte Rechte zu verzichten. Nur dann, wenn alle 10 Kollegen mit Hand ans Werk legen, wird es uns gelingen, allen kommenden Kämpfen gewachsen zu sein! — Der Klassenbericht bezeichnet für die Hauptklasse eine Einnahme von 7950,24 M., eine Ausgabe von 6721,23 M. Es verbleibt ein Restbestand von 1229,01 M. — In der Versammlung wurde die Tätigkeit des Geschäftsführers und des Gesamtvorstandes anerkannt, dem Kassierer Entlastung erteilt und der bisherige Vorstand mit Ausnahme einiger Beiratsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag des Vorstandes, den bisherigen Extrabeitrag zur Vereinskasse von 25 und 50 3/4 je Monat insoweit abzuändern, daß vom 1. Januar ab nur noch 4 solcher Extrabeiträge erhoben werden, wurde angenommen.

Dipla. (Schwinnel über die „hohen“ Maurerzünfte.) In dem Nachridtenblatt des Kreislandbundes Dipla (Nr. 7 vom 18. Februar) wird ausgerechnet, wieviel Miter der Maurer vor dem Kriege für einen Stundenlohn erhielt und wieviel er jetzt dafür bekommt. Dabei wird natürlich gelogen und der taunenden Mittelwelt und zu wissen getan: heute befähigt der Maurer 1,20 M. Stundenlohn, folglich könne er sich dafür 4 1/2 Miter wägen kaufen. — In ganz Schiefen hat kein Maurer 1,20 M. Stundenlohn. Für Dipla sind genau 60 3/4 Lohnverträge hinzugezogen; denn unter Stundenlohn beträgt seit dem 3. Juli 80 3/4, die Hilfsarbeiter erhalten gar nur 68 3/4. Salbungswoll wird aber in dem Urbericht erzählt, der Maurer möge kraft seines 1,20 M. Stundenlohn nicht über den „Mittelwucher“ des „hohen“ Landwirts hinausgehen, sondern vor der eigenen Nase stehen. Die Schiefen nicht; aber wir nageln den Schwinnel des Bundesblattes gegenzugend fest. Jedoch auf solche Weise wird Stimmung gemacht gegen die hohen Bauarbeiterlöhne; sei es auch auf Kosten der Wahrheit!

Dieserleben. Unsere Baugewerkschaft hielt am 1. Februar ihre Generalversammlung ab. Kollege Wäp wies in seinem Bericht nach, unter welchen Schwierigkeiten der Deutsche Baugewerksbund im verflochtenen Jahre zu kämpfen hatte. Auch wies er nach, daß es nicht zu umgehen war, im Baugewerksbund die Größe und Dauer der Erwerbslosenunterstützung herabzusetzen. Die Tiefbauarbeiter sind immer noch die Schmerzenskinder des Bundes, sie seien gewerkschaftlich noch nicht genug geschützt. Eine unserer Hauptaufgaben muß sein, sie dennoch für den Baugewerksbund zu gewinnen und zu tüchtigen Schwertkämpfern zu erziehen. Im Hinblick auf die im Baugewerksbund auch noch sehr schlecht bestellt; in verflochtenen Jahre hat es so mannde Baustelle ohne Baudelegierten gegeben. Wenn das Organisationsleben geübt sein soll, dann ist es Pflicht aller Kollegen, dafür zu sorgen, daß auf jeder Baustelle, und sei sie auch noch so klein, ein Baudelegierter vorhanden ist. Lieber alle Vorwissen auf den Baustellen muß der Vorstand getätigt unterrichtet werden. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Kollege Wäp dankte für das Vertrauen und forderte die Kollegen nochmals auf, mitzuwirken am Ausbau unserer Organisation, damit der Baugewerksbund das erreicht, was er sich als Ziel gesetzt hat.

Schwinnel. (Jahresgeneralversammlung.) Der Geschäfts- und Klassenbericht erstattete Kollege C n a e l

h a r d. Die Wautätigkeit war bis zur Frostperiode, die Mitte November einsetzte, sehr gut. Arbeitslose Facharbeiter waren fast nie vorhanden. In Bad Kissingen haben wir allerdings immer mit der Bedarfsliste zu rechnen. Das Angebot von Hilfsarbeitern ist immer größer als die Nachfrage. Da die staatlichen Baudarlehen alljährlich zu spät zur Verteilung kommen, konnte erst im Mai mit dem Wohnungsbau begonnen werden. Bisher ist dann unter solchen Umständen mandant an Facharbeitern, dann getreten die Unternehmer über den „fünftägig“ erzeugten Mangel an Facharbeitern. Die Stundenlöhne betragen am Jahresanfang 76/84 3/4, sie steigerten sich durch Schiedsprüche, Vereinbarungen und Tarifstreikverfolgung auf 1,03 M für Fach- und 89 3/4 für Hilfsarbeiter am Vereinsortort. Bisher war es bei der Ortsklassenberatung nicht möglich, auch Bad Kissingen mit zu haben; das war wegen der geringen Wautätigkeit bis heute noch nicht möglich. Andere Orte, wie Schöningen und Schönefurt, wurden gehoben; die Kollegen in Schöningen haben dies allerdings sehr schlecht beklagt. Es soll angestrebt werden, Orte, wo nur eine geringe Mitgliedszahl vorhanden ist und das notwendige Interesse am Bunde fehlt, nicht mehr in das Tarifverhältnis aufzunehmen. Die Werarbeit muß in der Hauptsache von den Angestellten betritten werden. Würden sich die Kollegen mehr daran beteiligen, dann würde unsere Baugewerkschaft in der Mitgliedszahl weit besser dastehen. Aber man hat sich alljährlich daran geübt, daß die Erlöse aus nur vom Bureau ausgeht und von dort aus alle 3/4 erledigt wird. Lieberigen Schein erkrankte Rechte den Kollegen besser zu schmeden, unsere Baugewerkschaft steht in der Werarbeit, im Baudelegiertenwesen und in den Wautätigkeiten nicht auf der Höhe. Die Hauptlaste balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 28 270 M. Die Restklasse hatte eine Einnahme von 12 658,27 M., eine Ausgabe von 10 694,43 M., es verbleibt ein Restbestand von 1963,84 M. Von Wirtschaftskämpfen blieb unsere Baugewerkschaft im Berichtsjahr verjüngt; deshalb wollten unsere Kollegen anfänglich die besonderen Kampfbeiträge nicht recht verstehen. Erst zum Jahresabschluss hat die große Mehrheit die Wautätigkeit bejaht. Mit Zustimmung von W e l l r i c h t a b t - S t o d - s h e i m und R e u s t a d t a. d. E., wo sich die Kollegen in ihrer Gesamtheit geweigert haben, die Kampfbeiträge zu zahlen, haben wir abgesehen und die Kampfbeiträge nicht eingeleitet. Für zeitliche Unterstützung an Erwerbslose hat die Hauptklasse 8951,40 M. verausgabt und damit viel Mut und Genuß gefunden. Als man von dieser Unterstützung hörte, da kamen auch mehrere Nichtgehör herbeigekommen und bekamen sich auf ihre vermeintlichen Rechte an den Baugewerksbund, aber es war zu spät. Die Extrabeiträge für die Errichtung eines Bureauhauses der freien Gewerkschaften gehen sehr unregelmäßig ein, deshalb wurde beschlossen, vom 2. Quartal ab alle Marken mit einem um 10 3/4 höheren Kennwert zu überfempeln, um so alle Kollegen zur Zahlung des Pflichtbeitrages heranzuziehen. In der Ausprache wurden die Arbeiten des Vorstandes allseitig anerkannt. In den neuen Vorstand wurden Kollegen aller Fachgruppen vom Polier bis zum Lehrling gewählt. Was bisher verjüngt wurde, gelobten die Kollegen im neuen Geschäftsjahr nachzugehen. Viel Arbeit verurteilte uns der Weg der hiesigen Erwerbslosenunterstützung; beim Ausschuss in Schönefurt haben wir uns dabei so bemüht durchgesetzt. Nichtsdestowen wird noch die Kollegen des Bezirks Sammelburg gehören. Der Ortsausschuss hat Schritte eingeleitet, um dieses Gebiet an das Arbeitsamt Schönefurt anzugliedern.

Zutlingen. (Jahresbericht.) Die Wautätigkeit war im Berichtsjahre etwas reger als 1924. Gemeinlich am dem Wohnungsbedarf, wurde aber sehr wenig gebaut. Größere Bauten, besonders Industriebauten, fehlten vollständig. — In Schwenningen wurde der Bau einer Gasfesteilung begonnen, zu der 50 italienische Bauarbeiter herangezogen worden sind. Besonders litt die Wautätigkeit unter der Ausprache, wobei über die Hälfte unserer Mitglieder betroffen wurde. Die Beschäftigungsmöglichkeit war im ganzen Jahre schlecht, da das Baugewerbe von Berufsfremden geradezu überfallen wurde. Bereits Ende Oktober, mit Eintritt des Winters, erhöhte sich die Arbeitslosigkeit, und im November waren nur noch einige Kollegen beschäftigt. Von den Behörden wurden Arbeitsstellen im Angriff genommen, die aber keinen großen Umfang haben. Im Frühjahr verjüngten die Maßnahme Zimmerningen-Höhenhofen den Steinbrucharbeitern einen Lohnantrag aufzuzeigen. Nach mehrwöchigen Kämpfen wurde dieser Antrag zurückgewiesen. Beim Klosterbau Neuron wurde durch Vereinbarung die zweite Ortsklasse für zuständig erklärt. Die „Schwarzwälder Baugewerkschaft“ erklärte jedoch, daß die Bauaufträge nicht in der Lage seien, die Höhe zu zahlen und entließ die organisierten Arbeiter restlos. Durch die Gesamtsperre in Baden wurde diese Baustelle in 47 Einzelstreitigkeiten mit Erfolg gewährt. Der Kampf gegen die Baudelegierten aller Wäben und Streitbreder. Der Kampf in Baden waren über die Hälfte aller Mitglieder unserer Baugewerkschaft betroffen. Für den Hoch- und Tiefbau hatten wir in beiden Landesteilen tarifliche Vereinbarungen. Besonders die Vereinbarungen für Württemberg dürfen als guter Erfolg in Baden gerechelt verjüngt. In Württemberg jedoch nur in Baden gerechelt verjüngt. Zu Württemberg jedoch nur in Baden gerechelt verjüngt. Zu Württemberg jedoch nur in Baden gerechelt verjüngt.

Bundeserwerbslosenunterstützung ausgeschlossen werden, weil sie nicht ihre Kampfbeiträge gezahlt hatten und ein Abzug von der Unterstützung nicht gestattet ist. Die aus Hauptklassen gebildete Unterstützungssumme beträgt insgesamt 15 576,25 M. Dem steht aber nur eine Einnahme für die Hauptklasse von 11 590,40 M. gegenüber, so daß wir zur Deckung der Unterstützungsausgaben noch fast 4000 M. Zuschuß von der Bundeskasse benötigen. Das sollten sich besonders die Kollegen merken, die so gern behaupten: die Gelder kommen alle nach Hamburg und werden im Norden verwendet. Wir im Schwarzwald- und Hohenberg-Bezirk sind immer noch unterstützungsbedürftig. — Im Berichtsjahre wurden in 20 Fällen die Gerichte in Anspruch genommen und in 5 Fällen Streitigkeiten mit dem Unternehmer geregelt. Insgesamt wurden 187 Kollegen vor Gericht verjüngt. In 2 Fällen wurden unsere Klagen abgewiesen. Alle anderen Klagen wurden zu unseren Gunsten erledigt. In der Hauptsache waren es Klagen wegen Nichterfüllung der tariflichen Bestimmungen. Vor dem Arbeitsgericht hatten wir 7 Fälle zu erledigen. Davon 2 Verhandlungen in Notwendigkeit zur Schaffung eines Tarifvertrages für das Gipsergewerbe, 3 Verhandlungen für die Steinbrüche vor dem Schlichtungsausschuss in Donaueschingen, 1 Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Konstanz wegen Benachteiligung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung und 1 Verhandlung vor dem Landesgericht in Karlsruhe. — Klagen vor dem Obergericht wurden in Willingen anlässlich der Wautätigkeit des Kollegen Hepting von Donaueschingen geführt, der nach Beendigung des Kampfes nicht wieder eingestellt worden war. In dem Antrag auf Wautätigkeit des Lohnes wurde stattgegeben. Eine wichtige Klage wurde vor dem Obergericht Zutlingen im Berichtsjahre ergriffen. Es handelte sich um die Ferien gemäß der Vereinbarung für das württembergische Baugewerbe vom 5. Juni 1925. — Die Ferien freizig zu machen, was ihnen aber trotz ihrer juristischen Verbredungslinien gelang. Da es sich um mehrere Kollegen mit einem Gesamtschuld von über 300 M. handelte, versuchte die Gesamtpartei eine Gesamtlage daraus zu machen, die dann heraufzuziehen gewesen wäre. Das verhinderten wir dadurch, daß wir für einen Kollegen die Klage zurückzogen. Durch diese Maßnahme machten wir die Verjüngungsmöglichkeit zunichte, die der Syndikus angekrebt hatte. Der Beklagte wurde verurteilt, die Ferien zu bezahlen. Aber erst, als wir den Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung betrauten, wurden die Ferien gelber gezahlt. Bei einem Konkurs mußten wir den Lohn als bevorrechtigte Forderung anmelden. Den Vorschlag der Gläubigerberammlung, mit einer prozentualen Entschädigung zufrieden zu sein, nahmen wir nicht an, sondern bestanden auf unserer Forderung, die dann auch erfüllt wurde.

Ulm. Am 7. Februar fand unsere gut besuchte Jahreshauptversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt Kollege Adam G ö s s e l die Ehrenurkunde für Jubilare. Dann gab Kollege G u e t t h e n e r den Geschäftsbericht. Das Berichtsjahr war ein Kampfsjahr. Neues Leben regte sich zu Beginn des Jahres in allen Jahrestellen, viele Bankleihen wurden zum Bund zurück. 500 hiesigen Fach- und 3000 Bauarbeiter waren nach Ansicht der Baugewerkschaft zu bewältigen. Dieser „Menschenfrage“ im Baugewerbe zu bewältigen. Dieser „Menschenfrage“ im Baugewerbe zu bewältigen. Dieser „Menschenfrage“ im Baugewerbe zu bewältigen.

